

9 Grundsätze und 27 Forderungen der SP-Fraktion für mehr Steuergerechtigkeit

Die SP ging am 16. Mai 2004 als strahlende Siegerin aus dem Kampf gegen das Steuerpaket 2001 hervor. Im Abstimmungskampf wurde klar, wie wichtig der Bevölkerung die beiden Themen „Steuergerechtigkeit“ und „angemessene Finanzierung der öffentlichen Aufgaben“ sind.

Im Zeitalter der Schuldenbremse wird der Staat rigoros über die Einnahmen gesteuert. Deshalb wird die Steuerpolitik zunehmendes Gewicht erhalten.

Trotz ihrer eklatanten Abstimmungsniederlage zielen die Rechtsparteien unverdrossen auf eine weitere Privilegierung der Reichsten und auf eine kontinuierliche Aushungerung des Staats.

Die SP-Fraktion will mehr Steuergerechtigkeit zum Wohle der grossen Bevölkerungsmehrheit, insbesondere im Interesse der ArbeitnehmerInnen und MieterInnen.

Sie verfolgt eine Steuerpolitik auf der Basis der folgenden Grundsätze und Forderungen:

1. Die Steuergerechtigkeit muss wieder hergestellt werden.

Die Steuergerechtigkeit wird durch bestehende und neue Steuerprivilegien massiv gefährdet. Der soziale Ausgleich ist in Gefahr.

- Die SP-Fraktion lehnt die Legalisierung von unverschämten Steuerprivilegien mit dem Bundesgesetz über die Besteuerung von

Mitarbeiterbeteiligungen entschieden ab und empfiehlt der Partei, das Referendum zu ergreifen, falls die Vorlage im Nationalrat keine deutliche Korrektur erfährt.

- Die Steuergeschenke an AktionärInnen und Unternehmer durch eine teilweise Steuerbefreiung von Dividendeneinkommen ist inakzeptabel: Die Unternehmenssteuerreform II ist unnötig und wird in der vorgelegten Form, ohne Beschränkung auf qualifizierte Beteiligungen verbunden mit einer Beteiligungsgewinnsteuer, rundweg abgelehnt. Sie verstösst zudem gegen das Prinzip „keine Steuergeschenke in Sparzeiten“.
- Dringend ist vielmehr die Forderung nach einer Harmonisierung der kantonalen Steuersätze für juristische Personen, um den ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen zu stoppen.
- Die SP-Fraktion fordert die steuerliche Gleichbehandlung von MieterInnen und HauseigentümerInnen.
- Das Existenzminimum muss in allen Kantonen von Steuern befreit werden.

2. Es braucht einen neuen Anlauf zur Schliessung der Steuerschlupflöcher.

Sieben Jahre nach dem umfangreichen Bericht der Expertenkommission Behnisch sind erst die wenigsten damals erkannten Steuerschlupflöcher gestopft.

- Die bekannten legalen Steuerschlupflöcher bei der 2. und 3. Säule und beim Wohneigentum müssen geschlossen statt vergrössert werden (gegen einen Bausparabzug, gegen die indirekte Amortisation).
- Die Steuerabkommen (Pauschalsteuer nach dem Aufwand) für reiche Ausländer müssen abgeschafft werden.
- Die Steuerhinterziehung soll nicht weiter als Kavaliersdelikt beurteilt werden; die Schweiz darf nicht ein Paradies für Steuerfluchtgelder aus aller Welt bleiben.
- Es braucht mehr Steuerinspektionen für eine glaubwürdige Durchsetzung des Steuerrechts und zum Schutz der ehrlichen Steuerzahlenden.

3. Die wachsende Kluft der regionalen Steuerunterschiede muss massiv verringert werden.

Es ist absehbar, dass die NFA die riesigen Unterschiede in der Steuerbelastung nicht ausgleichen wird. Die materielle

Steuerharmonisierung ist angesichts neuer Dumping-Offensiven von Steueroasen aktueller denn je (letztes Beispiel: OW mit Zonen für Reichste!).

- Die SP-Fraktion wird, nachdem das Parlament die Vorschläge für eine Steuerharmonisierung im Rahmen der NFA abgelehnt hat, verschiedene Modelle für eine materielle Harmonisierung der Steuern in der Schweiz evaluieren.

4. Mit der Vereinfachung der Einkommenssteuern soll die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wiederhergestellt werden.

Die von der Bundesverfassung vorgeschriebene Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wird zur Leerformel angesichts der Masse von Steuerabzügen und Steuerumgehungen. Diese kommen vorwiegend den Reichsten zu Gute. Die Bemessungsgrundlage für die Steuern muss wieder so breit werden, dass die real existierenden Einkommen und Vermögen erfasst werden.

- Die SP fordert eine weitgehende Vereinfachung der direkten Steuern durch eine Abschaffung der vielen Steuerabzüge und deren Ersatz durch wenige grundlegende Gutschriften, welche jene Personen gezielt fördern, die gefördert werden sollen.
- Die konsequente national harmonisierte Besteuerung der Erbschaften und Schenkungen ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Die SP setzt sich für eine Zweckbindung zu Gunsten der Langzeitpflege ein (Modell BEST).

5. Mit der Vereinfachung der Mehrwertsteuer soll die Transparenz und die Erhebungseffizienz verbessert werden.

Die unübersehbare und stetig steigende Zahl von Steuerbefreiungen machen die Mehrwertsteuer zu einem Dschungel, in welchem viel Leerlauf und wenig Durchblick herrscht.

- Die MWST muss stark vereinfacht werden, mit einem Normalsatz und einem sozialpolitisch begründeten reduzierten Satz. Die (unechten) Steuerbefreiungen sind weitgehend abzuschaffen. Jede Reform der MWST muss zu einer Besser- statt Schlechterstellung der mittleren und tiefen Einkommen führen.
- Eine „kleine“ MWST-Reform (Motion Hess 04.3655) mit einer Anhebung des reduzierten Satzes für Güter des täglichen Bedarfs

zu Gunsten der Konsumation in den Gastwirtschaften wird abgelehnt.

- Die SP fordert den Bundesrat auf, detaillierte Berechnungen über die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von verschiedenen radikalen Vereinfachungsmöglichkeiten des MWST-Systems so bald als möglich vorzulegen. Insbesondere sind Vorschläge für eine soziale Kompensation inner- oder ausserhalb der MWST auszuarbeiten für den Fall, dass die Vereinfachung der MWST zu einer Mehrbelastung von Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen führen sollte.

6. Die Reform der Familienbesteuerung muss zukunftsweisend und finanzierbar sein.

Für die Zukunft braucht es keine Neuauflage aufgewärmter Konzepte wie das Teilsplitting, sondern den Übergang zur Individualbesteuerung. Es hat keinen Sinn, jetzt auf das Tempo zu drücken, da bis 2010 gar kein Geld zur Finanzierung der Reform vorhanden ist.

- Die SP unterstützt ein möglichst einfaches Modell der Individualbesteuerung. Das Modell „mit teilweise pauschaler Zuordnung“ soll weiter verfolgt werden.
- Die Familienbesteuerung und die Familienförderung sollen entkoppelt werden: der Kinderabzug soll abgeschafft und in eine Kindergutschrift umgewandelt werden.
- Die Einführung der Individualbesteuerung soll dazu benutzt werden, um weitere Vereinfachungen des Steuersystems namentlich bei den Steuerabzügen umzusetzen. Dies wäre ein echter Mehrwert für eine grosse Steuerreform.
- Die Reform der Familienbesteuerung darf nicht aus dem Portemonnaie der Alleinstehenden finanziert werden.

7. Es muss Schluss sein mit der Instrumentalisierung der Steuerpolitik für ausserfiskalische Zwecke

Die direkten Steuern sind für die Erreichung ausserfiskalischer Zwecke ungeeignet. Sozialpolitische, bildungspolitische, wohneigentums- oder bodenpolitische Ziele sollten wenn immer möglich durch direkte finanzielle Instrumente statt durch indirekte fiskalische realisiert werden.

Die SP ist

- für Kindergutschriften statt Kinderabzüge

- für den Ausbau familienexterner Betreuungsangebote statt Kinderbetreuungsabzüge
- für Stipendien und Weiterbildungsgutscheine statt Ausbildungs- und Weiterbildungsabzüge
- für die soziale Wohnbau- und Wohneigentumsförderung statt Bausparabzug.

8. Alle müssen zur Finanzierung der öffentlichen Anliegen beitragen

Die SP-Fraktion wendet sich gegen alle Versuche, die absolute oder relative Steuerlast von den direkten zu den indirekten Steuern oder von den juristischen Personen zu den natürlichen Personen zu verlagern.

- In Zeiten von Rekordgewinnen bei Privatfirmen und „leeren Kassen“ bei der öffentlichen Hand ist der Vorschlag für die Abschaffung der Unternehmenssteuern ein Schlag ins Gesicht der Lohnabhängigen und aller gerecht denkenden UnternehmerInnen. Die SP-Fraktion fordert die Unternehmerverbände auf, sich von diesem unverschämten Vorschlag zu distanzieren.
- Die SP ist gegen die Abschaffung der Stempelsteuern. Wer dies fordert, muss einen äquivalenten Ersatz bieten können.

9. Auf längere Sicht braucht die Umwelt einen ökologischen Umbau des Steuersystems.

Eine Ausnahme von der angestrebten Trennung der Fiskalpolitik von den übrigen Politikzielen ist die ökologische Steuerreform. Die stärkere Besteuerung der nichterneuerbaren Energie muss zu einer nachhaltigen Verwendung der Ressourcen beitragen. Diese Verlagerung der Steuerlast ermöglicht eine Entlastung des Faktors Arbeit und die Förderung der erneuerbaren Energien.

- Die Diskussion für eine ökologische Steuerreform muss wieder aufgenommen werden. Der Bundesrat muss den seit zwei Jahren fälligen Strategiebericht endlich vorlegen.
- Auf kurze Frist ist die CO₂-Abgabe einzuführen. Die kantonalen Motorfahrzeugsteuern sind national zu harmonisieren und nach Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch auszugestalten (wer mehr fährt, mehr verbraucht und mehr verschmutzt, bezahlt mehr).